

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich...

Wichtigste Adressen: Redaktion Nr. 512, Postfach-Rente...

Volkswacht für Schlesien und „Niegiger Volkszeitung“

Organ für die werftätige Bevölkerung.

Dr. H. Breslau, Sonnabend, den 11. Januar 1919. 30. Jahrgang.

Noch eine Woche!

Die jungen Wähler.

1912 hatten wir die letzten Wahlen von großer politischer Bedeutung in Deutschland...

Was habt ihr da in den bürgerlichen Zeitungen gelesen? Immer nur von Sieg und Sieg...

Wer ist für eure Räte und Beschwerden immer eingetreten, soweit das unter dem Zwange der Kriegstyrannie nur möglich war?

Vom Kriegsbeginn an hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands für eine Verständigung der kriegsführenden Nationen gewirkt...

Die Sünden der bürgerlichen Parteien und ihrer Politik tragen die ganze Schuld am Zusammenbruch unseres Landes.

Reden das alles ihr jungen Wähler in Stadt und Land! Und antwortet darauf!

Eine Erinnerung.

Die bürgerlichen Parteien behaupten, daß die Revolution verschwenderisch gewirtschaftet habe und belegen diese Behauptung mit dem Hinweis auf Einzelfälle...

Table with 3 columns: Name, Value, and another Value. Includes entries like Wilhelm II., König von Preußen, etc.

Die Arbeiter- und Soldatenräte haben zudem mit vielen hochbezahlten Einkünften der alten Machthaber gründlich aufgeräumt.

Der Weltkrieg hat neben dem vielen kostbaren Blut 150 Milliarden Mark verschlungen.

Denkt zurück an manche Stunden im Unterstand, wenn ihr mit heißen Herzen und heißen Augen von diesen Dingen gesprochen habt...

Denkt zurück an manche Stunden im Unterstand, wenn ihr mit heißen Herzen und heißen Augen von diesen Dingen gesprochen habt...

Die Zukunft Oberschlesiens.

Es wird jetzt behauptet, es habe keinen Zweck, gegen den Übergang Oberschlesiens in den Besitz eines polnischen Staates Einspruch zu erheben...

Amerika will Frieden.

Amerika, 10. Januar. Wie aus Paris gemeldet wird, tritt die amerikanische Kommission für sofortige Beendigung des feindlichen Besetzung Deutschlands ein...

Herr Woyrsch und die Soldatenwähler.

Aus dem „Korps Woyrsch“ wird uns geschrieben: Sehr geehrte Redaktion! Leset zu meinem Erstaunen von dem Aufruf des treuen und braven Woyrsch...

25 000 Tonnen Speis.

Kopenhagen, 10. Januar. Die National-Libende berichtet, soll die angekündigte Zufuhr von Speis aus Amerika etwa 25 000 Tonnen betragen.

Streit im Ruhrgebiet.

Essen (Ruhr), 10. Januar. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sind bei der heutigen Morgensicht die Bergschaffen von 26 Erachtanlagen größtenteils nicht eingeschlagen.

Aufruf der Reichsregierung.

Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf: Genossen! Die Spartakusleute haben sich den Kopf eingerannt an der Mauer der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Berlins...

Wiederherstellung der Pressefreiheit.

und dazu haben sich die Führer der Berliner Zeitungsbetriebe nicht verhalten...

Wie oft hat sich euer Gefühl empört gegen die Methoden der militärischen Gewalt...

Wie oft hat sich euer Gefühl empört gegen die Methoden der militärischen Gewalt, gegen die Formen des Kadavergehorsams, gegen die Vergewaltigung aller menschlichen Würde in euch und um euch!

Sie gehören in das Justizhaus!

Ab. Casarewahnstinn leucht nach Euren Blut. Die ihre Anhänger suchen: „Herab aus den Wolken, auf zum Generalstreik, auf zu den Waffen, auf die Straße zum letzten Kampf, zum Sieg!“

Sie gehören in das Justizhaus!

Die eurem Wahnsinn leucht nach Euren Blut. Die ihre Anhänger suchen: „Herab aus den Wolken, auf zum Generalstreik, auf zu den Waffen, auf die Straße zum letzten Kampf, zum Sieg!“

Staubt ihnen nicht!

Sie wollen erst die gewählten Führer der Partei beseitigen, um mit der Partei um so leichter fertig zu werden. Genossen! Wir, eure Genossen in der Regierung, erheben Protest, wir sind kein Hindernis für die Einigung.

Staubt ihnen nicht!

Sie wollen erst die gewählten Führer der Partei beseitigen, um mit der Partei um so leichter fertig zu werden. Genossen! Wir, eure Genossen in der Regierung, erheben Protest, wir sind kein Hindernis für die Einigung.

Vertical text on the right margin: n g m en, da, 3 e, 1 2, 15 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Die Arbeiter der Regierung einigermassen haben, trotzdem sie ihre Stärke nach auf ein Drittel Anspruch hatten, die mit den Führern in Berlin verhandelt haben, trotzdem diese mit bewaffneter Hand öffentliche und private Gebäude geräumt haben.

Wir kehren zu jeder Verhandlung bereit, die ernstlich geführt, eine Einigung aller sozialistischen Parteien erzielen kann. Aber wir sind auf der Hut! Selbst für wascham, wie wird denn immer daran, wie allen Regierungen, die an der Regierung der Reichsbürokratie und der anderen Behörden beteiligt waren, durch Mittelbeschaffung ihre Zugehörigkeit zur U. S. V. D. nachgewiesen wurde. Und dennoch haben sich die Unabhängigen als parteiliche Vermittler angeboten. Die Arbeiter der U. S. V. und von Schwarztopf kamen auch im Namen der Genossen der U. S. V. D. und der K. M. und dennoch haben diese beiden Parteien zum Generalkrieg aufgefordert mit den Worten: „Geht den Schulen Euer Recht, bewaffnet Euch! Ihr braucht die Waffen gegen Eure tödliche Herr-Scheibemann.“ Ist das Gerechtigkeit, ist das proletarische Kampfweise, ist das Vertrauen am Platze? Wir wollen die Einigung der Arbeiterklasse haben, aber Gerechtigkeit, ohne Hinterhalt, ohne Waffen. Helft uns das durchsetzen! Wir nur können Frieden und Sozialismus schaffen, denn wir sind und bleiben eure Vertrauensmänner.

Die Reichsregierung.

Hert, Scheibemann, Landsberg, Roste, Höffel.

Der Spartakus-Spektakel.

Der Zusammenbruch.

Berlin, 10. Januar. Amtlich. Der Spartakus-putsch wird zusammengebrochen. Die Initiative liegt fest in der Hand der Regierungstruppen. Die Unzufriedenen sind völlig in die Verteilung gedrängt und vermögen auch diese nur noch nachsichtig durchzuführen. Man darf mit Sicherheit auf den Fortgang einer erfolgreichen Entwicklung rechnen.

Das Rathaus und die Zentralkommissionen Nord und Süd in Spandau sind von Regierungstruppen genommen worden. Durch ihre nicht mehr zu verkennende Niederlage auch um den Rest vollstündiger Dignität gebracht, enthalten sich die Spartakusleute immer mehr als gewissenlose Verbrecher. So erschien am Mittwoch nachmittags ein Auto mit bewaffneten Spartakisten in Siemensstadt. Sie verlangten sofortige Räumung der Geschäftsämter und des Verwaltungsgeländes und begannen, als dies verweigert wurde, eine wilde, vollkommen einseitige Schießerei, in deren Verlauf ein Arbeiter vor die Stirne und ein zweiter durch die Schlagader getroffen wurde. Beide waren tot. Eine gewalttätige Aktion der Art verurteilt eine andere Spartakusgruppe in der Pruderie von Regensburg, die sie seit Sonntag besetzt hatten. Sie haben den Besitzer gefangen und wollten die Arbeiter mit Gewalt zwingen, für sie Berliner Ranznoten zu drucken. Die Arbeiterklasse verweigert aber dies Ansuchen und hat für die Dauer der Besetzung ihre Tätigkeit abgelehnt. Auch noch nicht in der Arbeiterklasse die Entlohnung, dem verbrecherischen Treiben der Spartakusleute unter allen Umständen ein Ende zu bereiten.

Im Zeitungsbezirk.

Berlin, 10. Januar. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt u. a.: Gegen 12 1/2 Uhr mittags kam es im Zeitungsbezirk, besonders an dem Hause von Wölfe, zu einer heftigen Schießerei, die gegen 12 3/4 Uhr ihr Ende fand durch den von einem Zivilisten überbrachten Befehl zur Feuer Einstellung. Der Zivilist erklärte, Angehöriger der Arbeiter zu sein, die sich am Morgen im Humboldtplatz vereinigt hätten, um mit oder ohne die Führer Frieden und Ordnung wiederherzustellen, während die „reaktionären Arbeiter“ Flugblätter verteilten, die zum Generalkrieg aufforderten. Auch die Männer der bereitwilligen Regierung sollten nach seinen Angaben mit dieser Lösung einverstanden sein. Er vermittelte eine Unterredung zwischen dem Führer der Spartakisten im Messehaus und dem Vorgesetzten der Regierungstruppen. Die abgesperrten Straßenzüge wurden dem Verkehr wieder freigegeben.

Einmarsch von Truppen.

Berlin, 10. Januar. Im 8-Uhr-Abendblatt heißt es unter der Überschrift „Einmarsch neuer Regierungstruppen“: Wie uns von unrichtigster Seite mitgeteilt wird, ist heute den Regierungstruppen in Berlin mitgeteilt worden, daß heute nachmittags der Einmarsch mehrerer 1000 Mann Reichswehrtruppen aus den westlichen Vororten in Berlin, wo sie bisher einquartiert waren, stattfinden wird. Die Nachricht über die Regierung wird dadurch eine wesentliche Stärkung erfahren, zumal sich nun die Sicherheitswehr Groß-Berlins voll und ganz von Eichhorn losgesagt hat.

Die Lage am Freitag.

Berlin, 10. Januar. 10 Uhr abends. Von amtlicher Seite wird mitgeteilt: Die Lage ist für die Regierung außerordentlich günstig. Größere Unruhen sind heute nicht zu erwarten. Es kam nur zu Schießereien, bei denen aber von den Regierungstruppen bisher keine Verletzte gemeldet wurden.

Die „Generale Korrespondenz“ wurde von den Sozialisten besetzt und am Einigen verändert. Die Bureau der Demokratischen Partei in der Gimmertstraße und in der Wittenbergstraße wurden von den Sozialisten aufgehoben.

In Spandau haben die Regierungstruppen heute einen Erfolg gehabt. Sie haben das Rathaus nehmen können, ebenso die gesamten Zentralkommissionen und die Gewerkschaft. Bei diesen Unternehmungen wurden die beiden Führer der Spartakisten tödlich verwundet.

Berlin, 10. Januar. Das Zeitungsbezirk ist wieder hermetisch abgeblendet. Die dortigen neutral-gesinnten Soldaten übernommen. Um 11 Uhr abends sind vor dem Messegebäude Kampf und Feuer ausbrach. Die dortigen Arbeiter wurden vertrieben.

Überwindung der Reichsbürokratie.

Berlin, 10. Januar. Die Direktion der Reichsbürokratie teilt über die Befehle der Reichsbürokratie durch die Regierungstruppen folgendes mit:

Die Reichsbürokratie der Reichsbürokratie ist in der Nacht zwischen 11 und 12 Uhr erfolgt. Über die Art und Weise, wie sie erfolgte, wollen wir aus begründeten Gründen nicht sagen. Es ist aber bemerkenswert, daß die Einnahme völlig unblutig erfolgte. Die Spartakus-Befehle schickte, als sie die Regierungstruppen plötzlich vor sich sah. Die Truppen haben alle in der Reichsbürokratie befindlichen Waffen mit Munition beschlagnahmt. Wir betonen, daß durch die Besetzung nichts von Staatsvermögen entwendet worden ist. Eine bereits vorgenommene Untersuchung hat ergeben, daß alle Platten, die zum Tragen der Banknoten dienen, unversehrt sind. Auch die Banknoten selbst sind unversehrt geblieben. Es sind lediglich kleine Diebstähle an dem Eigentum der Beamten vorgekommen, die aber kaum ins Gewicht fallen und insgesamt den Betrag von 100 Mark nicht übersteigen dürften. Der Betrieb der Reichsbürokratie ist wieder aufgenommen worden.

Der Eisenbahnverkehr.

Wie die Telegraphenunion berichtet, ruht nur der Eisenbahnverkehr nach dem Rhein. Sonst ist der Fernverkehr nicht unterbrochen. Wer mit einem Weisenrucks versehen ist, erhält Zutritt zu den Bahnhöfen.

Der Schießende Bahnhof und der Bahnhof Zoologischer Garten befinden sich in der Gewalt der Spartakusleute, während die dazwischenliegenden Bahnhöfe von den Regierungstruppen besetzt sind. Der Verkehr auf dieser Strecke der Stadtbahn ist vollständig zum Stillstand gekommen.

Unruhen in Hamburg.

Hamburg, 10. Januar. Im Laufe des Vormittags versammelten sich vor dem Rathaus zahlreiche Truppen von Reichsbürokratie, die eine Deputation zum A. und zum S. Rat schickten, die über die Freigabe des „Echo“ verhandeln soll. Die Demonstranten forderten die sofortige Entlassung des Leitenden des A. und S. Rates, Leisenberg, der den Unabhängigen angeführt. Die Menge versuchte dann, in das Rathaus einzudringen. Als Laufenberg auf dem Balkon erschien, entlief so große Unruhe, daß er nicht zu Worte kommen konnte und sich zurückzog. Später sprach Laufenberg. Er erklärte, daß der Besatz gefaßt worden sei, ein Presseorgan für das gesamte Hamburger Proletariat zu schaffen, in dessen Abtätion alle Richtungen zu gleichen Teilen vertreten sein sollen. Um die Angelegenheit zu regeln, sei gestern die Entlassung des „Echo“ und der Hamburger Volkzeitung vom Arbeiter- und Soldatenrat angeordnet worden, da man Autonomie vermeiden wollte.

Vor dem Gewerkschaftshaus hatte sich gleichzeitig eine große Volksmenge versammelt, die gegen die Vertreibung der Gewerkschaftsbürokratie und die Freigabe der Presse protestierte. Hier sprachen vom Balkon aus mehrere Redner, u. a. der Kriegsverweigerer K. D. F. E. R., der die Massen aufforderte, sich bereit zu halten, wenn sie ihre Führer rufen, um die Nacht wieder zu erobern.

In Dresden abgeblüht.

Dresden, 10. Januar. Nach einer gestern abend in der Kaserne der Maschinengewehr-Abteilung stattgefundenen Versammlung zogen etwa 600 Teilnehmer vor das Gebäude der „Dresdener Volkzeitung“ und verurteilten, mit Gewalt dort einzudringen. Die „Dresdener Volkzeitung“ hatte ein hartes Aufgebot von Truppen erhalten, die jedes Eindringen in das Gebäude verhindern. Es kam zu einer Schießerei, die jedoch ohne Blutvergießen abließ.

Dresden, 10. Januar. Als heute nachmittags nach einer vom kommunistischen Soldatenbund abgehaltenen Versammlung die Menge abermals die „Dresdener Volkzeitung“ kürzen wollte, wurde sie, nachdem Verhandlungen ergebnislos geblieben waren, von den Verteidigern beschossen. Die Menge ließ auseinander. Die Angaben über die Zahl der Toten und Verwunden schwanken zwischen 20 und 30. Der kommunistische Soldatenbund und einige andere Teile vom kommunistischen Bund sind kurz nach diesen Ereignissen verhaftet worden.

Düsseldorfer nach Belgien.

Braßel, 10. Januar. (Reuter.) Anlässlich der Unruhen in Düsseldorf haben sich die dortigen belgischen Beamten unter belgischen Schutz gestellt. Der Polizeipräsident und der Oberbürgermeister von Düsseldorf haben die belgischen Behörden ersucht, einzugreifen. Die belgischen Behörden verfolgen die Ereignisse mit Aufmerksamkeit.

Braßel, 10. Januar. (Agence Havas.) Ein amtlicher Bericht über die Lage in Düsseldorf besagt: Alle belgischen Beamten und höheren Regierungsbeamten haben sich auf das linke Ufer des Rheines geflüchtet. Zahlreiche Einwohner der Stadt, die der roten Revolution zu entrinnen wünschen, kamen auf dem belgischen Ufer an. Nur diejenigen, die mit Waffen versehen sind, dürfen passieren. Alle zahlreichen anderen Städten treffen ähnliche Nachrichten ein.

In Stuttgart.

Stuttgart, 10. Januar. Während gestern vormittag die von den Unabhängigen veranstalteten Demonstrationen ziemlich ruhig verliefen, kam es am Nachmittag und besonders gegen Abend im Reichsbüro der Stadt zu lebhaften Zusammenstößen, besonders vor dem Ministerium des Reichers, dem Arbeitsministerium und dem Rathaus. Der Verkehr im Hauptbahnhof wurde auf einige Stunden eingestellt, abends 8 Uhr aber wieder freigegeben und um 8 Uhr bereits erneut geschlossen, da man einen Putsch befürchtete. Das Rathaus wurde von den Spartakisten besetzt und Oberbürgermeister Lauterbach erzwang beim Gemeinderat als Abgeordneter die Freigabe. Unruhig ging es vor der großen Infanteriekaserne, wo auch Schüsse fielen und einige Menschen auftraten. Die Kasernen sind heute Nacht besetzt.

Wanntramp besetzten die angeregten Massen auf den Straßen. Hier rief man „Hoch Spartakus!“, dort „Hoch Scheibemann!“. Zu Verhörungen ersterer Art ist es nicht gekommen. Die Arbeiter bei Bosch und Dainler haben die Arbeit niedergelegt.

Das „Neue Tageblatt“, das gestern abend von Spartakusleuten besetzt worden war, ist heute früh 6 Uhr von freiwilligen Regierungstruppen besetzt worden, die die Zeitung nunmehr besetzten. Den Spartakusleuten wurden die Waffen abgenommen.

Befegung des Kohlenhubs.

Essen, 10. Januar. Der A. und S. Rat Essen, in dem Mehrheitssozialisten, Unabhängigen und Kommunisten zusammenarbeiten, hat einstimmig die Befegung des Kohlenhubs, des Bergbauvereins beschlossen. Er betrachtet diese Maßnahme als Vorarbeit für die Sozialisierung der Bergwerke. Er hält die sofortige Kontrolle der Bergwerke für notwendig zur Verhütung der Bergarbeiterkassette, da keine Aufsicht besteht, Ruhe im Industriebezirk zu bekommen, wenn nicht die Organisationen der Arbeiterschaft selbst den Arbeitern Auskunft geben können über die wirkliche Lage der Industrie. Eine Kommission des Arbeiter- und Soldaten-Rates des Industriebezirks unter Leitung der Gewerkschaftsvorstände wird sich am kommenden Montag mit der Frage der Sozialisierung der Bergwerke beschäftigen.

Neine Nachrichten.

Kurt Eisner Kandidat der Unabhängigen. Die die „Münch. Zeitung“ meldet, haben die Unabhängigen in Regensburg den Minister Kurt Eisner als Kandidaten für den bayerischen Landtag aufgestellt. Die liberale Blätter berichten, daß auch der Finanzminister Jaffe als Unabhängiger kandidieren.

Neue Abhängigkeit der Reichsbürokratie. Aus Karlsruhe, 9. Januar, wird gemeldet: Die Reichsbürokratie ist erneut hermetisch abgeblendet. Die sozialistischen Parteien haben für alle Transporte, außer für Lebensmittel, gestoppt. Ingeblid hat zwischen Straßburg und Rehl starke Massen französischer Kolonialtruppen zusammengezogen.

Die Nieler Eijerue Division. Die Truppen der von Kiel ausgerichteten Grenzregiment Division werden einer vom Reichsbeauftragten erteilten telegraphischen Anweisung zufolge bestimmungsmäßig nach dem Elbe a geleitet, und Berlin sollte in einem Umkreis von 70 Kilometern nicht betreten.

Madrasen. Der „Weltbote“ berichtet: In der Heimat-Funkstation Ordruff ist folgender Funkpruch angekommen: Reichsbürokratie von Madrasen befindet sich noch in Ungarn. Die Nachricht, daß Madrasen nach Solothurn verschleppt worden sei, bestätigt sich nicht. Er wurde nach Temeswar gebracht, befindet sich also noch auf ungarischem Boden.

Hafenarbeiterstreik in New-York. Nach Angaben der Streikführer haben ungefähr 15 000 Hafenarbeiter heute morgen die Arbeit nicht begonnen. Die Getreidebühnen und andere Hafenanlagen sind außer Betrieb.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 11. Januar.

Rät'er-Versammlung in der „Fürstentronne“.

So gefüllt, wie am Donnerstag, war kaum jemals der Saal der „Fürstentronne“, in dem sich im Laufe der Jahrzehnte so mancher Wahlkampf abgepielt hat. Die Arbeiterklasse des Stadtteils Scheitling bewies damit, daß sie sich der Bedeutung der gegenwärtigen Kämpfe voll bewußt ist. Mit Hilfe der Breslauer Arbeiterklasse auch noch nicht Gelegenheitsgänger, die Ausführungen eines Kandidaten über seine Stellung zum Sozialismus zu hören, wie es gestern Herr Stadtbaurat Berg tat. Ein Künstler von solch großer örtlicher Bedeutung, wie es der Erbauer unserer Tachhunderthalle ist, dessen gewaltiges Wandwerk der Scheitlinger Bevölkerung täglich vor Augen steht. Genosse Berg bewies, daß er nicht nur ein warmes Herz für die Kunst, sondern auch für das Volk im Bufen trägt. In sachlicher Weise erläuterte er die gegnerischen Parteien und appellierte für sozialdemokratische Bestätigung. Dem in Hauptmanns-Uniform erschienenen Redner wurde wohlverdienter Beifall zuteil. Der zweite Redner war Genosse Lehmann, den jugendlicher Idealismus in unsere Reihen geführt hat und der in monotoner, objektivierender Mitarbeit bewies, daß er nicht um zu glänzen zu uns gekommen ist. Auch seine sachlichen Ausführungen fanden ungeteilten Beifall. Gegenwärtig haben sich nicht zum Wort und daher verließ Genosse L. H. Müller noch ausreichend Zeit, um auf die praktischen Arbeiten zur Wahl hinzuweisen und zum Schluß in die Partei und zum Abonnement der Parteipresse aufzufordern. Mit einem begeisterten Aufgenommenen brachten hoch auf die deutsche, freie, sozialistische Republik, wurde die schön verlaufene Versammlung geschlossen.

Eine weitere Versammlung in der „Fürstentronne“ ist für Donnerstag, den 16. Januar geplant.

Hausdiener Jagusch.

Auch der Hausdiener Anton Jagusch, Wartenstraße 106, ist in den falschen Verdacht gekommen, jener „Hausdiener Jagusch“ zu sein, dessen Unterschrift unter dem gestern schon genannten Zentralschlachttraktat er ist zwar auch katholisch, würde aber bei Zentralschlacht niemals seiner guten Namen leihen. Also wer ist nun jener wirklich „Hausdiener Jagusch“, dessen Namen unter dem Zentralschlachttraktat steht?

Samstag, mittags 11 Uhr  
Versammlung im Zirkus Busch  
Deutschnational oder sozialdemokratisch  
Redner: Stadtverordneter Röske und Minister Paul Dietz  
(im Besonderen für die U. S. V. D.)  
Rauchen verboten!

Montag, den 13. Januar, abends 8 Uhr  
Frauenversammlung  
in der „Wilhelmsburg“, Neudorfstraße.  
Rednerin Genossin Kowatsch.

Dienstag, den 14. Januar abends 8 Uhr  
Versammlung für Angehörige freier Berufe  
im großen Saale des Konzerthauses.  
Redner: Stadtd. Dr. Landberg  
Stadtbaurat Berg  
Rustigat Albers  
Rechtsanwalt Hartmann.

Dienstag, den 14. Januar, abends 8 Uhr  
Angestellten-Versammlung für alle Angestellten in Handel u. Industrie  
in der „Wilhelmsburg“, Neudorfstraße 51.  
Redner: Stadtverordn. Hermann Zimmer  
Kaufmann Hugo Grog.

Die unvorhergesehenen Dienstboten.  
Einen geselligen Abend für Hausangehörige veranstaltete am Donnerstag abend die Deutsche demokratische Partei in der „Neuen Börse“. Dem Hause waren auch eine große Anzahl Hausangestellter gesandt, doch ihre geringen Zuhörerzahl und die große Unruhe, die sich erhob, wenn ein Redner gar zu viel von den guten Verhältnissen erzählte, zeigte, daß auch sie jetzt bedeutend reicher geworden sind und nicht mehr alles kritisch hinzunehmen wollen. So wurde es ganz bedeutend unruhig und manches mißbräuchliche Zeichen erblühte, als Kaufmann Dr. Stein erklärte: „Wir wollen den Hausangestellten einen ausreichenden Lohn sichern, ihnen ein angenehmes Zimmer und ausreichende freie Zeit geben. Sie sollen Zeit haben zum Bildersuchen, Briefe schreiben und spazieren gehen. Alles dieses werden wir durchzuführen helfen, aber nicht durch Kampf zwischen Dienstboten und Herrschaften, sondern durch gütliche Verständigung zwischen beiden.“

Herr Kaufmann Heinrich hatte es besonders das Flugblatt des Zentralschlachttraktats der Hausangestellten angehen. Er ließ dann auch an dem Verbände sein gutes Haar. Gatten dies die Hausangestellten auch noch ruhig über sich ergehen lassen, so erhoben sie doch energischen Protest, als ihnen Herr Heinrich erzählen wollte, daß bei demokratischen Arbeitgebern schon jetzt die Sonntagsgeldfreistellung eingeführt sei. Nach Zurecht: „Zwei Stunden“, erklärte er dann, daß sie aber für eine geregelte Arbeitszeit eintreten werden. Doch was das um Kommunistenklatschen geben antritt, so läßt sich dies manchmal nicht machen, da einige Gäste geladen worden sind. Aber dann werden ja auch die Dienstboten reichlich durch Trinkgelder entschädigt. Heftige Rufe aus der Versammlung: „25 Pfennige, ein Wöhm!“, ließen erkennen, daß Herr Heinrich auch in dieser Beziehung die Wehrzahl der Herrschaften nicht kennt. Und als er sich dann noch gar zu der Frage verlegte, die Anwesenden mühten ihm zuzuhören, daß sie alle ihr sauberes, gemächliches Stübchen besitzen, lächelte ihm ein Lachen aus dem Mund, das ihnen entgegen. Ganz verwundert tat Herr Heinrich darüber und darum möchten wir ihm raten, sich einmal der Mühe zu unterziehen und eine Reihe von Entlassungsgelassenheiten der Hausangestellten in Augenschein zu nehmen. Aber etwas besser seien die Schicksalverhältnisse in der Stadt doch, wie auf dem Lande, wo alle, ohne Unterschied des Geschlechts, in einem Raum gehergt werden. Nun Herr Heinrich, das wäre ja auch noch schöner und dies als ein ganz besonderes Verdienst hinzustellen zu wollen, ist ziemlich hart. Die Hausangestellten aber werden erkannt haben, wie die Herrschaften bemüht sind, Unbilligkeiten, die bestehen, mit schönen Worten hinwegzureden, sonst aber durchaus nichts zur Besserung der Hausangestellten unternommen haben. Nur die Sozialdemokratische Partei hat sich Jahrzehntelange bemüht, das Los der Hausangestellten zu erleichtern und dies ist ihr auch gelungen. Wir heutigen früher die Hausangestellten unter dem Zwange der Gesetz, die langen Rühmungsgrößen, das Zurückdrängen in die alte Stellung durch die Politik, die Zerstörung der Straße usw., dies waren entsetzliche Zustände, und nicht etwa die Herrschaften empfanden diese Tri-moderner Sklaverei als unbillig, nein, erst die Sozialdemokratie mußte in langsamem Maße bessere Lebensbedingungen für ihre gepulsten Mitgeschwestern schaffen. Nur auf ihr Drängen, ist es jetzt anders geworden und auch die Dienstboten werden sich mit dem Zentralschlachttraktat in der Hand bekennen und nur der Partei ihre Stimme abgeben, bei der sie schon immer Schutz und Hilfe fanden. **Samstag den 11. Januar, mittags 11 Uhr.**





Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 8. Januar.

Dreimal so viel Helfer

23 am letzten Sonntag

werden in Stadt und Land gebraucht,

Wenn alle Mäler

Flugblätter und Stimmzettel

erhalten sollen.

Entzichte sich keiner der Arbeit, die Flugblatt-Verbreitung ist wichtiger als die Versammlungen.

Die Verbreitung findet vorwiegend statt. Aufgabe der Mäler und Stimmzettel von 1 Uhr angefangen in den

größten bekanntgegebene Lokalen.

Kein wahlberechtigter Mann, keine wahlberechtigter Frau oder Mädchen darf übersehen werden. Dazu bedarf es aber einer großen Anzahl tüchtiger Genossen und Genossinnen. Wir erwarten, daß sich jedes Parteimitglied der Bedeutung der Sache bewußt ist. Darum:

Auf zur Flugblatt-Verbreitung!

Wahlvereine!

Zur rechten Zeit erschienen ist eine kleine Schrift 'Die preussischen Wahlen und die Sozialdemokratie'. Erweiterung auf den Wahlkreis Breslau. Eingekauft das Stück 10 Pf. Bestellungen erhalten die Schrift zum halben Preis.

Klagen über 'häte Zustellung' der 'Volkswacht'

Wenden jetzt von vielen Lesern erhoben. Diese Klagen sind berechtigt, lassen sich leider aber nicht logisch erklären. Die Klagen der 'Volkswacht' wickeln von Tag zu Tag, so daß wir bei den technischen Schwierigkeiten der Herstellung mit dem Druck immer später fertig werden. Die Lesergemeinde ist aber überlassen, doch läßt sich eine Neueinstellung der Journen auch nicht im Handumdrehen erledigen. Die Lesergemeinde bitten deshalb, bei der Bestellung möglichst pünktlich zu sein, um die Klagen der Leser werden dann sehr groß. Wer die Lesergemeinde mit bestem Willen beabsichtigt, der hilft, daß andere Leser früher zu der begehrten Zeitung kommen.

Was gibt's in der kommenden Woche an Lebensmitteln?

Nach den bekannten Preisen, Butter- und Fleischwaren werden abgegeben:

- Sam 12. bis 13. Januar: 1. Kartoffeln auf Kartoffelmarkte 87 und 88, 2. Kartoffeln auf Kartoffelmarkte Z 42a und 44, 3. Kartoffeln auf braune Nährmittelmarkte 138, 4. Mohrrüben auf Lebensmittelmarkte 130.

- Sam 14. bis 15. Januar: 1. Gahrezengnisse auf Lebensmittelmarkte 125, 2. Marmelade auf Lebensmittelmarkte 120, 3. Gahrezengnisse auf weiße und rote Nährmittelmarkte 107, 4. Marmelade auf blaue Nährmittelmarkte 107, 5. Kartoffelmarkte auf braune Nährmittelmarkte 130.

- Am 16. und 17. Januar: 10. Röhre auf Lebensmittelmarkte 120 in den Revieren 16, 17 und 18.

- Besammlungen sind bis zum 16. Januar: 1. Lebensmittelmarkte 124, 2. Lebensmittelmarkte 129, 3. Lebensmittelmarkte 129, 4. Nährmittelmarkte 108, 5. Nährmittelmarkte 130 braun Zeigwaren.

Im Abgang wird auf die Bekanntmachung in den Anschlagtafeln verzichtet.

Marktaussage.

In der nächsten Woche werden Sammelmarktenbögen, Sammelmarktenbögen für hollende Mäler, Aufschlagmarkten für Schwerearbeiter (Wend- und Kartoffelmarkten), Spiritusmarkten und Kaffee- und Kakao- und nach Gruppen ausgegeben. Ausgabezeit 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags.

Der Lebensmittel-Bezugsschein, die Zulassungen für Schwerearbeiter, der Kartoffel-Bezugsschein, der Vereinfachungschein für hollende Mäler und von den Spiritusempfängern die vorgeschriebenen Erklärungen sind mitzubringen. Wer die vorstehenden Vereinfachungsanträge nicht vorlegt, muß abgewiesen werden, wenn die Karte nicht ausgegeben werden können und auch eine teilweise Abgabe der Karte nicht angängig ist.

Pastor und Sozialdemokrat.

Ein schwerer Schlag für unsere Segner, wenn sie jetzt haben im warmen Hauche der Religion ihr Parteigliedchen zu wärmen, was unsere gefragte Verklärung in der Welt im Wege bringt. Während es von allen Seiten schreit daß die Religion in Gefahr ist und daß kein Günstiger Sozialdemokrat sein darf, stellt ein Breslauer Pastor einen öffentlichen Vortrag. Dort er sich nicht nur selbst zur Sozialdemokratie bekannte, sondern Männer und Frauen ausarbeitete, der Partei beitreten und für sie bei den Wahlen zu stimmen. Es wende alle ist die Religion wirklich in Gefahr. Herr Pastor Zimmermann von der Salvatorgemeinde gehört der Partei bereits seit einiger Zeit als eingetragenes Mitglied an und gern war er dem Aulsebrück, in einer öffentlichen Versammlung zu reden.

Als erster Redner in der Versammlung beschäftigte sich Genosse Stowig mit den verschiedenen Parteien, die uns gegenüberstehen.

Genosse Zimmermann sprach dann über Staat und Kirche. Die Trennungfrage ist alt. Luther, Kant und Schliermacher waren für die Trennung. Die Revolution riefte nun die Trennung mit einem Male nahe, und zwar in einer Form, daß viele Kreise beunruhigt wurden. So wie Adolf Hoffmann es tat, ist die Sache nicht anzufragen. Staat und Kirche sind viel zu eng verbunden, als daß die Trennung durch einen Federstrich erfolgen könnte. Es war die Staatskirche Kaiser gelobt hat, eine Geleit londergeiden. In einer Zeit, wo die schwersten wirtschaftlichen Fragen zu lösen sind, die Kirchefrage so plump anzuschneiden. (Lebhafte Beifall.)

Der Redner befaßt sich mit der Stellung der einzelnen Parteien zu der Frage und betrachtet den Zwiepunkt bei den bürgerlichen Demokratien, die unter sich für die konfessionelle Schule sind, in ihren Flugblättern aber so tun, als seien sie die Hüter der konfessionellen Schule.

Die sozialdemokratische Mehrheitspartei ist ihren Anhänger in der Frage der Religion den weitesten Spielraum, elia sind wir uns aber, daß es sich um das ganze Volkleben handelt, und daß die Frage deshalb von der Rettung des ganzen Volks auf der Nationalversammlung zu lösen ist. (Lebhafte Beifall.)

Der Redner weist auf den Volksthum Kirchenkreuz evangetischer Christen, die der Sozialdemokratie angehörend sind, und glaubt, daß sich innerhalb der Sozialdemokratie eine religiöse Bewegung entwickeln wird wenn erst alle die Last der Trennung von den Massen genommen ist, die das alte System tragen. Die Arbeiter sind für die Kirche gegenüber allerdings fast mißtraulich. Seit 25 Jahren hat auch die evangelische Kirche einen ganz ungedulden Kampf gegen die Sozialdemokratie geführt. Die evangelischen Arbeitervereine werden in immerwährender Mittel der Kirche in diesem Kampfe. Herr Redner hat die Kirche in der Hand, daß sie die Massen wieder gewinnt. Was die Masse verlangt, ist jedoch nicht Religion, gefehlt in harte Zugern. Die Kirche muß weiterarbeiten. Sie muß sich mehr auf das Diesseits richten. Sie darf nicht nur auf ein besseres Jenseits vertrauen, sondern sie muß die Massen auch mit einem festen Glauben und Hoffen auf ein besseres Diesseits erfüllen, das uns die Zukunft bringen muß. Christentum und Sozialismus verfeindeten sich in der Lebensbejahung. (Lebhafte Beifall.) An der Ausrede beteiligten sich vor allem eine Anzahl anderer Redner. Die Herren, die zum Teil zu den 'Deutsch-Nationalen', zum Teil zu den bürgerlichen Demokraten gehörten, konnten bei den Versammlungen allerdings nicht viel sagen. Wer die sozialdemokratische Partei befechtet, der mag auch mit seiner Religion zu anderen gehen. Diese Stimmung kam von verschiedenen Rednern auch deutlich zum Ausdruck.

Wähler-Versammlung im Bahnhof.

Sehr zahlreich hatten sich die Männer und Frauen am Freitagabend im 'Railhof' eingefunden, um sich Besprechung darüber zu halten, welcher Partei sie am 19. Januar ihre Stimme geben werden. Nachdem Genosse Witzke besonders die anwesenden Frauen und die zahlreichen Arbeiterinnen befragt hatte, nahm zunächst Stadtkämmerer Dr. Dads das Wort zu seinem Vortrage: 'Wie ich Sozialdemokratie wurde.' Als ganz besonders markant fiel es dem Redner auf, daß die sozialdemokratische Partei immer ihren Grundgedanken treu blieb. So hat sie sich auch nie von Vorurteilen lassen lassen, sondern nur von ihren Grundgedanken. Ohne ein Vorurteil über Religion zu achten, ist die Sozialdemokratie im Gegensatz zu den gesamten anderen Parteien für das Frauenwahlrecht eingetreten. Erleichterungswiese sagen jetzt die Frauen an, daß mit den Dingen, die sie her vorgehen, beschäftigt sind. Und da werden sie es auch bald merken, daß sie die Sozialdemokratie in der Ausübung der Religion oder der Erziehung der Kinder gar nicht beeinträchtigen will. In seiner weiteren Betrachtung der bestehenden Verhältnisse wurde der Redner dadurch an der bürgerlichen Gesellschaftsordnung irre, daß die Diensten, die am meisten arbeiteten am schlechtesten litten. Seine Ansicht ging dahin, daß das Einkommen der geleisteten Arbeit entsprechen muß. Völlig irre jedoch an der bürgerlichen Gesellschaftsordnung wurde er im Hinblick, wo die Vorgesetzten nur trachteten sich zu verdienen und sei es auf Kosten der Allgemeinheit. Auf der anderen Seite aber war man reichlich bemüht, die Pöbel der Arbeiter recht niedrig zu halten. In der Meinung, daß diese unglücklichen Gewandte verschwinden müssen, wurde der Redner Sozialdemokrat; konnte sich aber der Partei erst als Mitglied nach der Revolution anschließen, da er vor dem als Beamter aus Lohn und Brot gejagt worden wäre. Redner ging dann auf die anderen Parteien ein und zeichnete treffend den In-

halt ihrer Flugblätter. Mit ihrem Inhalt lie es durchaus nicht ernst nehmen. Wirklich ernst mit ihrem Programm meint er nur die Sozialdemokratie. Daß sie ihr Vaterland genau so liebt, wie die anderen Parteien, das hat sie während des Krieges bewiesen. Darum sollte sich jeder der sozialdemokratischen Partei anschließen und dafür sorgen, daß dies der 19. Januar werden ist. Deshalb arbe am 19. Januar jeder seine Stimme der Liste Bauer-Löbe. (Langanhaltender Beifall.)

Als zweiter Redner des Abends sprach Parteileitender Genosse Schlich über die Nationalversammlung und die Sozialdemokratie.

In der Ausrede war es besonders Genosse Stowig, der ein Beiratsmitglied einer näheren Beleuchtung unterzog und damit den allgemeinen Beifall der Versammlung fand.

Unsere Kolonien.

Zu einer Rundrede grüßten Stills gestellte sich die von der Abteilung Breslau der deutschen Kolonialgesellschaft einberufene Versammlung. Die Versammlung war besucht von Angehörigen aller Parteien, die sich hinsichtlich der Frage über die Rückgabe unserer Kolonien einmütig und geschlossen auf den Boden der Entschlossenheit stellten. Als Vortragsredner des Abends nahm zuerst Prof. Dr. Wols das Wort, die Frage aufwerfend: Warum braucht Deutschland Kolonien, und was haben seine Kolonien bisher geleistet? Er betonte, daß im Jahre 1897 die Ausfuhr der Waren 20 Millionen Mark betrug, daß sie sich in weiteren 12 Jahren um 100 Millionen Mark und in abermaligen 5 Jahren unter Verzicht um wiederum 100 Millionen Mark vergrößerte. Die Ausfuhr von Waren ist ein Bedarf der anderen Kolonialmächte gegenüber gewesen, wohl aber eine die Erwartungen übersteigende Ausnahmevermehrung, die dem Werte über den unbegrenzten Wert der Kolonien die Augen öffnete. Unter Ausfuhr von Waren bedeutet der Redner weiter die Notwendigkeit und zugleich die Möglichkeit unserer wirtschaftlichen Vermehrung gegenüber der Weltproduktion an Rohstoffen, durch unsere Kolonien. Es muß zum Überflusse werden, die nötigen Rohstoffe aus den Kolonien zu beziehen, und die Erzeugnisse der Kolonien in eigenen Kolonialbetrieben abzugeben. Es ist nicht eine Notwendigkeit, sondern ein Gebot der Klugheit, nach gutem Kolonialbetriebe zu streben. Die Regierung muß alle Mittel anwenden, um uns nach Kriegsende dem unterem Wirtschaftsleben entsprechend nötigen Kolonialbetriebe zu liefern.

Professor Dr. Weber beschäftigte sich hier nach eingangs seiner Ausführungen mit dem bekannten, aber die Kolonien handelnden Punkt im völkischen Friedensprogramm. Das deutsche Volk will nicht Sanktionen für den Völkerverbund, sondern Subjekt für den Weltfrieden sein. Es ist eine Unmöglichkeit, wenn England, Frankreich und Amerika behaupten, es ließen Deutschland die völkerrechtlichen Ansprüche in Fragen der Kolonialisierung. Was die deutschen Kolonien in der Zeit von 1905 ab gekostet, sei gar nicht ohne Beispiel. Das militärische Deutschland habe nicht daran gedacht, seine farbigen Schutztruppen aus dem Kriegsschauplatz zu verwenden, wohl aber habe dies England und Frankreich getan. Der Friedensvertrag kann dem unseligen Deutschland nicht die Unfähigkeit der Kolonialisierung zum Vorwurf machen. Ein Volk von 70 Millionen muß dem Untergang geweiht sein, wenn es sich nicht kolonial betätigen kann. Kolonialbetriebe sind von rein rationalem Interesse. Kolonialbetriebe verpflichten die Ausübung desselben im Interesse der gesamten Menschheit.

Von Redner der einzelnen politischen Parteien nahm als erster Genosse Philipp das Wort zu folgenden Ausführungen: In der Frage der drohenden Erzeugung unserer Kolonien hätte niemand schweigen. Schwiegen bedeutete ein Alles Überdauern mit den Absichten der Feinde. Der Welt unserer Kolonien ist eine absolute Notwendigkeit, um Deutschland mit der Versorgung von Rohstoffen unabhängig zu bringen. Die sozialdemokratische Partei lie von dem heiligen Verbrechen durchdrungen, alles um dem heiligen Verbrechen in den Welt seiner Kolonien zu sein. Seine Ausführungen erzielten stürmischen Beifall.

Gleiche Erklärungen gaben ab: Dr. Parafsch von der deutsch-nationalen Volkspartei und Dr. Porsch, christliche Volkspartei, als auch Professor Bielurich von der deutschen demokratischen Partei, der die völlige Unfähigkeit aller Parteien in kolonialen und nationalen Fragen besonders betonte. Nach einem in gleichem Sinne gehaltenen Schlusswort des Vorsitzenden wurde die Versammlung geschlossen.

Unterwangel.

Die Butterablieferung aus den Landkreisen der Regierungsbezirke Breslau ist jetzt so gering, daß es nicht möglich ist, wie bisher ständig 50 Gramm Butter auf den Kopf der Bevölkerung zu verteilen. Insbesondere in den Gegenden, in denen Ordnungstruppen liegen, hat die Butterablieferung fast ganz nachgelassen. Es hat deshalb bereits in der vergangenen Woche an Stelle von Butter Margarine abgegeben werden müssen. Nach Mitteilung der hiesigen Versorgungsstelle, die der Stadt die Butter und die Margarine ausweist, wird auch weiterhin die Bevölkerung in einzelnen Wochen an Stelle von Butter Margarine erhalten müssen.

Kartoffelaussage.

Anfang Dezember ist vorwiegend eine doppelte Wochenmenge an Kartoffeln ausgegeben worden. Es ist notwendig, diese Menge jetzt allmählich auf die laufende Wochenration zur Anrechnung zu bringen. Es werden deshalb in den nächsten 6 Wochen nur 6 Pfund Kartoffeln wöchentlich zur Ausgabe gelangen. Dementsprechend ist die Beschränkung in der Lage sein, sich reichlich mit Gemüse zu versorgen. Zunächst gelangen, laut Bekanntmachung des Magistrats, rote Mohrrüben zur Verteilung.

Jeder 225 Mark!

Unter den Arbeitern, die in Kramern freisen verbreitet werden, befindet sich jetzt auch das Gerücht, im sozialistischen Staate bekommt jeder Krante, zum gleichem Vergütungssatz über Nachhändler, 225 Mark monatlich! Es ist nicht zu bumm, es findet doch sein Publikum!

\* Mittagsbesuch Dr. Hans Schottlander in Partick bei Breslau hat dem Breslauer städtischen Kriegs-Gemüse- und Kartoffelbau genau einen sehr mäßigen Pachtpreis von 35 000 Quadratmeter Ackerland zur Verfügung gestellt. Im Interesse der Volksernährung ist es dringend erwünscht, daß diesem Beispiel auch anderwärts Folge geleistet werde.

\* Die Eisenbahnen und die Bahnärzte. Am 7. Januar fand in Brodau eine große öffentliche Eisenbahnerversammlung statt, die von 700 bis 800 Personen besucht war. Kollege Führer aus Breslau gab den Bericht über die Reichsregierung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes zu Berlin. Lebhafter Beifall der Anwesenden lobte seinen Vortrag. Ueber die Stellung der Brodauer Beamten und Arbeiter zu ihren Kollegen berichtete Herr Führer Reimann. Bei der darauf folgenden, sehr lebhaften Diskussion wurden sehr viel Klagen über unwürdige Behandlung durch die hiesigen Bahnärzte den Brodauer Eisenbahnern gegenüber vorgebracht. Eine hierauf vorgenommene Abstimmung über das Vorgehen ergab, daß die hiesigen Bahnärzte ergab, daß fast alle Versammlungsteilnehmer das Vertrauen zu diesen verloren haben. Es wurde daraufhin eine Entschließung angenommen, die die sofortige Entfernung der zwei hiesigen Ärzte aus ihren Ämtern, Anstellung vier neuer Ärzte und zugleich freie Krantwahl von Seiten der Kolonialminister aus hiesigen Kreis fordert.

\* Herr Walter Killa bittet um Aufnahme folgender Erklärung: Um allen Mißverständnissen und fälschlich verbreiteten Gerüchten den Boden zu entziehen, erkläre ich hiermit ausdrücklich, daß ich mit dem Spartalusbände in keiner freundschaftlichen Beziehung stehe. Die gleiche Erklärung sendet uns auch Herr Erich Kunz.

\* Wohltätigkeits-Vorstellung. Das Erziehungsbüro Breslau hat am 11. Dezember 1917 in sämtlichen Sälen des Konzerthauses ein großes Wohltätigkeitsfest am Feste der Winterlichen gefallener Elter. Näheres im Infanterieblatt.

\* Eine Einwirkung des Straßenbahner Lehrers muß auch die Gräblicher Elektrische in Folge Kohlenmangels eintreten lassen. Die Einwirkung soll sich teils auf die Anhängewagen, teils auf die Endstrecken beziehen.

\* Neue 50-Mark-Scheine sollen jetzt im Teil der Reichs- und in über gehen ein solches Schein, der von verschiedenen Geschäftleuten zurückgewiesen wurde, anstandslos als ein gewordenes Schein. Auch bei der Diskontobank war er vorher als echt befunden worden.

\* Briefe nach dem Westen zulässig. Nach dem von den Engländern und Belgiern behaupteten deutschen Gebiet, insbesondere nach den Städten Köln, Bonn, Koblenz, Solingen, Mülheim (Ruhr), Menden-Gladbach, Krefeld, Bonn-Lahn, Eschweiler, Schleiden, Malmédy, ferner nach Aachen in den Kreisen Aachen-Stadt, Aachen-Land, Cuxen, Gelsenkirchen, Reinsberg, Köln und Ertelen sind aus dem unbesetzten Deutschland vorläufig wieder alle Postsendungen an der Posten und Zeitungen zulässig. Die Briefe können verschlossen eingeliefert werden.

\* Zur Jirkus-Versammlung. Bei der Veranstaltung der Berliner Jirkus-Versammlung es fraglich geworden, ob Genosse Pöhlke morgen nach in Breslau erscheinen kann. Er hat von uns erbeten, neuer Reichs- hat er am 10. Januar nicht erreicht. Die Versammlung, die natürlich trotzdem statt. Genosse Pöhlke hat von Reichs- hat sich erstensicher Weise bereit erweist, in die Halle einzutreten.

Die Genossen und 'Volkswacht'-Leser werden gebeten, den Versammlungsraum zunächst etwaigen fremden Besuchern und Gegnern zu überlassen, die für unsere Sache erwünschten werden sollen. Die Flugblattverteilung bedarf ihrer Kräfte noch.

Breslau (Land)-Remarkt. Breslau, 11. Januar. Die Wähler-Versammlung am gestrigen Abend im Raumschiff Saale war so besucht, daß der Referent, Genosse Löbe, nur durch ein Fenster den Eingang in den Saal gewinnen konnte. In seine Rede, die mit großem Beifall aufgenommen wurde, knüpfte sich eine anderweitige Debatte, in der Genosse Löbe allerhand Ausfälle gab. Die Versammlung wurde in begeisteter Stimmung geschlossen.

Advertisement for 'Lilli's Ehe' (Lilli's Marriage) by Vogler & Co., Berlin W. 9. The ad describes it as a 'Sittenroman' (moral novel) and a 'Sittenbild aus Berlin W.' (moral picture from Berlin W.). It is priced at 4 marks. The ad also mentions 'Lilli's Ehe' and 'Preis Mk. 4.-'.





